

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die gespaltene Beizelle 30 Pf. für auswärts 35 Pf., die 2 gespaltene Kellanzelle 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32
Publications-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 44 Danzig, Sonnabend den 2. November 1918 9. Jahrgang

Verlassen und besiegt

Deutschland ist besiegt.
Dies bittere Wort durfte bisher nicht ausgesprochen werden. Zahlreiche Schichten des Bürgertums, das seit vier Jahren von seiner gemäßigten und kritischen Presse systematisch irreführt und belogen worden ist, wiesen noch vorgestern den bloßen Gedanken daran weit von sich. Das bittere Wort selbst kam schon gar nicht über die zuckenden Lippen. Jahrelang eingehämmerte Vorstellungen von der Unbesiegbarkeit Deutschlands, von der unumkehrbaren Hindenburg-Vierte, der unerschütterlichen flandrischen Küstenstellung lassen sich nicht in einigen Tagen ausrotten.
Erst heute, nun Oesterreich-Ungarn abgefallen ist, drängt sich das Wort, das künftlich wochenlang zurückgehalten worden ist, in furchtbarem Ungestüm auf alle Lippen. Was den Sozialdemokraten längst klar war, wird heute auch dem blindesten bürgerlichen Mißläufer offenbar. Deutschland ist besiegt, denn von den Bündnissen, mit denen Deutschland in den Krieg ging, ist auch nicht der geringste Rest übriggeblieben. Gestern vielleicht konnte man noch sagen: noch eine geborstene Säule zeigt von geschwundener Pracht. Heute ist nichts mehr da als ein Trümmerfeld. Neben Oesterreich-Ungarn hat auch die Türkei die Konsequenzen gezogen. Sie hat ebenfalls Sonderfriedensverhandlungen mit der Entente begonnen. Deutschland steht einkam und verlassen auf weiter Kriegesflur. Es ist besiegt.

Oesterreich-Ungarn und die Türkei haben ihre Bereitschaft erklärt, über Waffenstillstand wie Frieden mit Wilson und der Entente zu verhandeln, ohne Rücksicht auf andere Verhandlungen. Das steht nackt und dürr in der österreichischen Note. Mit andern Worten: außer der Türkei hat auch Oesterreich das Bündnis mit Deutschland verlassen.

Sie sind bereit, einen Separatfrieden zu schließen. Einen Frieden unter allen Umständen und um jeden Preis", wie schon in voriger Woche der inzwischen gestürzte ungarische Ministerpräsident Beterle gestand.

Seitdem diese Worte im ungarischen Oligarchenparlament fielen, ist in Oesterreich die Meinung, im Bündnis zu verharren und an deutscher Seite weiteren Widerstand zu leisten, wahrlich nicht gewachsen. Das beweisen schon die Namen Lammasch, der den Posten eines österreichischen Ministerpräsidenten übernommen hat, und Karoly, der in Ungarn nach der Herrschaft strebt. Lammasch und Karoly sind während des ganzen Krieges Gegner des Bündnisses mit Deutschland gewesen. Sie wollen nicht nur deshalb mit der Entente Frieden schließen, weil Oesterreich zusammengebrochen

ist, sondern weil mit dem Zusammenbruch Oesterreichs ihre Stunde gekommen ist. Die Entente ist in Oesterreich oben auf. So gut sie in Bulgarien und auf dem ganzen Balkan regiert und herrscht, anordnet und befiehlt.
Das Bulgariener Rakinows hat keinen Widerstand dagegen geleistet, daß es von der Entente zum Aufmarschgebiet gegen seine ehemaligen Verbündeten gemacht wurde. Eine andre Haltung wird man vom Oesterreich der Lammasch und Karoly auch nicht erwarten dürfen. Die Lage ist somit vollkommen klar geworden. Wenn sich auch die deutsche Armee im Westen noch immer gegen eine erdrückende Uebermacht mit bewundernswerter Standhaftigkeit hält, so sind an den bisher geschützten Flanken des Deutschen Reichs

neue Gefahren entstanden, denen unsre Widerstandsfähigkeit nicht mehr gewachsen ist. Wir sind besiegt!
Nur eine müde verlogene Demagogie kann noch den Versuch wagen, diese furchtbare Tatsache zu verschleiern. In der alldeutschen Presse findet man immer wieder den Hinweis darauf, daß unsre Truppen noch weit in Feindesland stehen. Es ist aber keine Frage, daß diese Truppen nicht imstande sind, den Sieg zu erringen, sondern es ist nur eine Frage, wie lange sie sich noch halten können. Drei Monate länger Krieg kosten dem deutschen Volke allein schlecht gerechnet

hunderttausend Tote und eine höhere Anzahl dauernd Beschädigter. Wir haben im Kriege schon so viel Menschen verloren, daß, wenn man ihre Zahl auf große Provinzen berechnet, diese Provinzen schon völlig ausgestorben wären. Der Friede wird uns noch mehr kosten. Aber es ist sicherlich besser, Bevölkerungen, die bisher zum Deutschen Reich gehörten, unter anderer Staatshoheit als unter der Erde zu wissen. Wenn wir noch drei Monate Krieg führten und damit hunderttausend Deutsche zum Tode verurteilten, so wäre durch den Tod dieser Hunderttausend gar nichts gewonnen.

Von der Fortsetzung des Krieges haben wir weiter nichts zu erwarten, als daß der Feind schließlich in unser Land einbricht und ein vollständiger innerer Zusammenbruch erfolgt. Daß dann die Bedingungen, die uns die Gegner stellen, leichter, die Möglichkeiten des Wiederaufbaues größer würden, kann kein denkender Mensch behaupten. Es bleibt uns darum schon heute nichts anderes übrig, als uns für besiegt zu geben und mit den Siegern Frieden zu schließen.

Die deutsche Note an Wilson spricht von einem Waffenstillstand und von einem Frieden der Gerechtigkeit. Das ist das, was wir wünschen, was wir aber heute längst nicht mehr mit Gewalt erlangen können. Wenn die Gegner

demütigende Bedingungen für den Waffenstillstand stellen und wenn die Sozialisten und Friedensfreunde drüben das nicht verhindern können, so wird die Zukunft damit vergiftet werden. Wenn dann ein Frieden nichts des Rechts, sondern des Siegerdikats, nichts des Volksbundes, sondern des Revanchegedankens kommen würde, so wären nicht wir Deutsche allein die Unterlegenen. Dann wäre mit uns alles besiegt, was von diesem Krieg einen dauernden Gewinn für das ganze Menschengeschlecht erwartete. Wir müßten dann heimkehren, und uns auf eine Zukunft vorbereiten, in der wir uns die Freiheit noch außen erkämpfen wollen. Jetzt den

Kampf fortzusetzen, hat keinen Sinn, was immer die Gegner vorhaben mögen. Gerade wer glaubt, daß wir später einmal sehr viel Kraft notwendig haben werden, mußte darauf acht sein, die Reste zu sparen, die wir noch besitzen.

Innerhalb kürzester Frist können uns die Waffenstillstandsbedingungen der Entente bekannt sein. Ihre Bekanntgabe wird aller Voraussicht nach gleichbedeutend sein mit ihrer Annahme. Man wird dann sehr bald in die Friedensverhandlungen eintreten. Diese Friedensverhandlungen unter allen Umständen zum Frieden führen. Von der Einsicht der Gegner wird es abhängen, ob dieser Friede ein wirklich dauernder sein kann oder ob dieser Weltkrieg nur das Vorspiel einer späteren, noch gewaltigeren Menschheitskatastrophe werden wird.

Einstweilen, am Ende dieses grausamen Krieges steht Deutschland einsam und verlassen auf dem weiten Felde des Grauens, das einundfünfzig Monate lang drei Erdteile verwüstet hat. Einsam und verlassen muß das deutsche Volk sich für besiegt erklären. Es hat geblutet wie kein andres neben ihm; es hat gekämpft wie nie ein Volk zuvor in der ganzen Menschheitsgeschichte. Und nun, wo das Ende unmittelbar bevorsteht, muß es den Nacken beugen.

Demgegenüber eine ganze Welt kann auch das pflichttreueste, opferbereitesten, tapferste und ausdauerndste Volk auf die Dauer sich nicht behaupten. Die Zahl der Gegner, das Maß des Hasses aber haben die herrschenden Klassen und die bürgerlichen Parteien Deutschlands dem deutschen Volke aufgeladen. Sie sind zur Rechenschaft zu ziehen, nun das Unglück über uns hereinbricht.

Und wahrlich, das deutsche Volk wird mit ihnen abrechnen. Einsam und verlassen nach außen wird es im Innern die Kraft aufbringen, mit der Autokratie und der Klassenherrschaft bis zum letzten Hauch, bis zur letzten Kammer aufzuräumen.

Des Volkes Recht

Von allen Beschlüssen, die vom Deutschen Reichstag zur freibleibenden Ausgestaltung unserer Verfassung gefaßt worden sind, ist der vom Sonnabend zweifellos der am tiefsten einschneidende. Durch das Grundgesetz des Reiches ist jetzt ausgesprochen, daß kein Reichskanzler im Amte bleiben kann, der nicht das Vertrauen des Reichstages besitzt. Dieser hat es somit in der Hand, jeden ihm nicht mehr vertrauenswürdigen Kanzler zu befeitigen und ihn durch einen Mann seines Vertrauens zu ersetzen. Der Kanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser vornimmt. Die Ernennung und Verabschiedung von Offizieren jeden Grades, vom Leutnant bis zum Feldmarschall, kann künftig nur unter Verantwortung der parlamentarischen Regierung erfolgen, in deren Hand somit die volle politische Macht übergeht. Daß weder Kriegserklärungen erlassen noch Friedensverträge geschlossen werden können ohne die Zustimmung des Reichstages, ist nur eine selbstverständliche Folge dieser grundlegenden Veränderung.

An dem Tage, an dem dieser Beschluß gefaßt wurde, trug der Heeresbericht nicht mehr die Unterschrift des Generalquartiermeisters, sondern war vom „Chef des Generalstabes des Heeres“ unterzeichnet. Das bedeutet, daß Ludendorff geht und Hindenburg bleibt. Aus dem Persönlichen ins Sachliche übersehen, es bedeutet die Entpolitisierung des Militärs. Ludendorff war der Typ des politischen Generals, Hindenburg ist es nicht, will es in Zukunft nicht sein. Wenn sein Name vielfach zu Dingen mißbraucht wurde, die nicht mehr zu Spätere des rein militärischen gehören, so lag das vor allem an seinem bisherigen ersten Ratgeber, der nicht nur ein Soldat, sondern auch ein heißblütiger, alldeutsch-konserverativer Politiker war. Fortab soll aber die Soldaten nichts als Soldaten sein, und die Politik wird ausschließlich von der verantwortlichen Regierung geführt.

Man begreift, daß der konserverative Redner in die Worte ausbrach, der Antrag der Mehrheit bedeute den Umsturz alles dessen, was seiner Partei das Heiligste gewesen sei, und daß in der konserverativen Presse derselbe Ton angeschlagen wird. Ja, es ist aus, wirklich aus mit der konserverativen Parteiherrschaft, die im Namen der

starken Monarchie ausgeübt worden ist. Nichts wird bleiben von dem Glanz und Glitter, das alles liegt auf den flandrischen Schlachtfeldern begraben, und das Volk könnte glücklich sein, wenn dort nichts begraben läge als dies!

Aber es ist zuzugeben, daß der Beschluß des Reichstages nicht nur die parteiologischen Ziele der Konserverativen, sondern auch die Empfindungen mancher Volkstreue schmerzlich trifft. Denn er spricht aus, daß die Geschichte einer Dynastie im wesentlichen zu Ende gegangen ist und daß die Geschichte des deutschen Volksstaates beginnt.

Jene Kreise werden lernen müssen, sich mit der unwiderruflichen Entscheidung der Geschichte abzufinden. Für die Masse des deutschen Volkes aber bedeutet der Beschluß keine Erniedrigung, sondern eine Erhöhung.

Was gekommen ist, mußte kommen, auch wenn Deutschland geknechtet hätte! Denn die deutsche Sozialdemokratie war entschlossen, den Sieg Deutschlands nicht zu einem Sieg des alten Systems werden zu lassen. Jeder sozialdemokratische Arbeiter hätte dann mit seinem Leben dafür einstehen müssen, daß solcher Mißbrauch unmöglich wurde. Konnten die Massen aus dem Felde heimkehren, um sich knechten zu lassen? Die unglückliche Wendung des Krieges hat uns vielleicht wenigstens die allerschwersten inneren Kämpfe erspart!

Während die Konserverativen über den Umsturz des Heiligsten klagen, finden andere, es sei noch so gut wie nichts geschehen. Da sprach, mit einer gewissen rednerischen Uebertriebung, ausgesprochen, daß noch sehr viel zu tun ist, und das ist auch zweifellos richtig. Der Parlamentarisierung des Reiches muß die Parlamentarisierung Preußens, der Demokratisierung Preußens die der andern Bundesstaaten folgen. Vor allem, die an den Spitzen vollzogene Veränderung muß mit eiserner Kraft nach unten hin durchgreifen, von lächerlichen Polizeischikanen und Kleinlichen Zensurordnungen darf nicht mehr die Rede sein. In allen Zeitungsblättern, in allen Vermittlungen von Kriemle bis Konstantin und von Wachen bis Benthien muß man merken, daß Deutschland ein freies Land geworden ist.

Wenn wir den Mut haben, ein freies Land zu sein, so haben wir von der Vermirung, der kleinere Kreise verfallen sind, nichts mehr zu fürchten. Wir werden gegen Putschversuche von rechts und überlinks vollkommen gewappnet sein. Sowohl gegen die Allertüftler, die von vergangener Tage Herrlichkeiten träumen, als auch gegen die Allerjüngsten, die ihre besonderen Heilsrezepte haben und die etwas, was sie für Sozialismus halten, dem demokratischen Volk wie einen Saft über den Kopf werfen wollen.

Diesen Drängern wollen wir sagen: Wartet doch nur noch einige Monate, bis zu den ersten allgemeinen Friedenswahlen. Dann wird das Volk selbst ausprechen, nach welchen Grundfragen es regiert zu werden wünscht. Wenn sich das Volk dann für den Sozialismus ausspricht — und wir wollen alle Gründe der Ueberzeugung dafür geltend machen, daß es das so radikal und einseitig wie möglich tut — dann wird Deutschland sozialistisch werden. Wollt Ihr auf diesem Wege zum Sozialismus gelangen, so seid wir mit Euch. Wollt Ihr aber das deutsche Volk durch Prügel, d. h. durch Diktatur und gewalttätige Unterdrückung fremder Meinung zum Sozialismus erzwingen, so seid wir gegen Euch. Denn wir wissen, daß nichts Gutes daraus für den Sozialismus kommen kann, wenn die Arbeiter nach Zankermanier regieren wollen.

Freiheit und Frieden haben wir auf unser Banner geschrieben. Die Freiheit wird auch den Frieden bringen, jedenfalls immer noch einen besseren Frieden als ihn ein autoritäres Deutschland bekommen hätte. Die Erde ist von Blut satt. Opfer sind genug gefallen, und das Beispiel des unglücklichen Ruhland kann keinen Versändigen locken. Wir widersehen uns dem Wahnsinn von rechts und überlinks, der dem Volke zuschreit: „Ihr habt noch nicht genug gekämpft, Ihr habt noch nicht genug gekämpft, nur weiter, hinter diesem Meer des Glanzes liegt Eure Insel des Glücks!“

Nein, es ist genug der Blutens! Wir wollen jetzt daran denken, daß unsere Kinder wieder rote Baden bekommen und zu einem freien Geschlecht aufwachen, das sich von keiner Willkür blind ins Verderben irren läßt.

Sozialdemokratische Vereine Danzig Stadt und Land.

Samstag den 2. November, abends 8 Uhr,
in der „Ostbahn“ in Oh.

Gemeinsame Mitgliederversammlung.

Landtagsabgeordneter **Konrad Haensch** spricht über: **Frieden und Freiheit!**

Wir fordern unsere Mitglieder zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung auf. — Gäste können eingeführt werden.

Die Vorstände. J. U.: Joh. Krska.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Friedensarbeiten der Internationale

„Allgemeines Handelsblatt“ berichtet: Auf eine Anfrage Brantings vom 25. Oktober, ob es nicht zehemäß sein würde, eine Konferenz der Internationale vorzubereiten, antwortete die holländische Delegation am 29. Oktober mit folgendem Telegramm an Branting: Die holländische Delegation im Internationalen sozialistischen Bureau ist bereit zuzustimmen, um Ihre Telegramme zu erwägen. Angenommen, daß das Programm von Branting, das in seinen 14 Punkten enthalten ist, von den sozialistischen Parteien der Entente-Länder und durch die Regierungen der Mittelmächte angenommen ist, konstatieren wir, daß eine Grundlage vorhanden ist für einen demokratischen dauerhaften Frieden, der durch den Völkerverbund gewährleistet wird. Die Internationale hat deshalb die Aufgabe, den Widerstand gegen Unterhandlungen auf dieser Grundlage überall, wo er sich zeigt, zu überwinden. Die Internationale hat die Pflicht, die demokratische Entwicklung zu unterstützen, die in Deutschland begonnen hat und die zu einer vollständigen und bleibenden Verdrängung des militärischen Regierungssystems durch die Souveränität des Volkes führen muß. Hieraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit einer internationalen sozialistischen Konferenz. Es ist notwendig, daß Sie und andere sozialistische Komitees und die Delegierten des Vollzugsausschusses der Internationalen sozialistischen Bureau zusammenkommen, um die Organisation der Konferenz zu regeln. Wir ersuchen Sie, zu diesem Zweck sofort hierher zu kommen. Wir senden dasselbe Telegramm an Branting, Trotski, von Kol. Wabersa, Bliegen und Bidaut.

Die deutschen Bischöfe an den Papst

Ueber den Friedensschritt des Episcopats beim Papst berichtet die „Kölnische Volkszeitung“, daß Kardinal von Hartmann namens der Bischöfe der „Jubilee“ Bischofskonferenz den Heiligen Vater um Bewilligung gebeten hat, damit unsere Feinde, die allem Anschein nach die deutsche Nation in ihrem Bestande bedrohen, von ihrem Plan, Deutschland zu vernichten, absehen. Der Papst wurde gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein Frieden zustande kommt, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht und die Versöhnung der entzweiten Nationen auszubringen geeignet ist.

Deutschland

Ludendorff

Erst in späteren Zeiten wird man genaue Auskunft über die politische Rolle empfangen, die der jetzt zur Disposition gestellte General während des Krieges gespielt hat. Die Geschichte seiner jetzigen Entlassung bedarf jedenfalls schließlicher Aufklärung der Einzelheiten.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt den Schieber etwas über die politische Tätigkeit Ludendorffs und seinen großen Einfluß auf alle maßgebenden Stellen. In seiner Sonntagsnummer schreibt das Blatt:

Der Mann, der so voll Groß den Platz verläßt, hat mehr als zwei Jahre lang wie ein Diktator Deutschland beherrscht. Wie ein Napoleon wirkte er allen seinen Willen aufzwingen, griff er in alles, in absolut alles, hinein. . . . Ueber seine militärischen Leistungen mögen die Fachmänner urteilen und das ganz richtige, ungenürzte Urteil wird wohl erst die Kriegsgeschichte fällen. Sie wird wohl auch bekräftigen, daß Ludendorff die Gründe, aus denen die Offensiv an der Marne scheiterte und der allgemeine Rückzug nötig wurde, feststellte. Hier kann nur von dem gesprochen werden, was Ludendorff dann, wenn er nicht die Generalstabstabe vor Augen hatte, unternahm. Er unternahm, wie gesagt, soviel, daß fast nichts mehr ohne seine Genehmigung zustande kam. Schon als er noch in den Sommer des Falkenlagers im Osten sein Quartier hatte, stieg er gewissermaßen in die sämtlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme hinein. Er ließ sich Bureaus für alle Fragen, ließ sich Berichte schreiben und Vorträge halten und glückte dann, zu den schwersten Entscheidungen hinreichend vorbereitet zu sein.

Ludendorff glaubte so sehr an sich, daß er die Gesetze des Diktators annehmen und dazu kam, daß er unter dem Einfluß seiner ihm nahestehenden Untergebenen auf ganz bestimmte Wege geriet. Die Meinungen und die Wünsche der Kriegsinflußkreise, des Herrn Duisburg an der Schwerindustrie, herrschten dort vor. Man war ökonomisch oder etwas mehr diktatorisch, und betrieb die Eroberungspolitik.

Als der Berliner Streit ausgebrochen und beendet war, ließ die Oberste Heeresleitung, also Ludendorff, ein

Schreiben an die Regierung ergehen. In diesem wurde erklärt, die Gewerkschaften — deren Haltung soviel zur schnellen Beilegung des Ausstandes beigetragen hätte — wären ganz ohnmächtig und hätten versagt. Man solle sie vor bestimmte Fragen stellen, und sie würden dann entweder ihre Einflusssorgfalt zeigen oder jeden Anspruch auf die Rückfragen verlieren, mit denen sie bisher behandelt worden seien. Es wurde empfohlen, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderlachen in einem Kartell zu vereinen, um sie den freien Gewerkschaften entgegenzustellen. Der Verfasser schenkte die Unmöglichkeit und die Schädlichkeit seines Projektes nicht im entferntesten einzusehen. Ein Brief des Kriegsministers v. Stein war beigefügt. Der Herr Kriegsminister empfahl, alle an einem Streik beteiligten Abgeordneten einfach zu verhaften, ganz gleich, ob die Verfassung das verbiete oder nicht. Wie die weltpolitischen Auffassungen Ludendorffs, waren seine sozialen und innerpolitischen vom Einfluß der Schwerindustriellen durchdrängt.

Nun hat auch dieser Mann seine politische Rolle ausgespielt. Er konnte anscheinend die Demokratisierung Deutschlands und vor allem die Unterwerfung der Militärgewalt unter die Gewalt der Zivilregierung nicht vertragen. Er zog daraus die richtige Schlussfolgerung und ging. Auch das ist unter diesen Umständen eine große Tat, zu der sich leider manch anderer, mit gleicher Gesinnung, noch nicht entschließen kann.

Reichstags-Stichwahl Berlin I

Dienstag hat die Stichwahl in Berlin I für den verstorbenen fortschrittlichen Reichstagspräsidenten Dr. Joh. Kämpf in der Stichwahl ihren Abschluß gefunden. In ihr standen sich der fortschrittliche Hausbesitzer und Aufsichtsrats-Kandidat Justizrat Dr. Kempner und unser Genosse Heimann gegenüber. Weit über jede andere Stichwahl hinaus erhielt diese ein besonderes Gepräge. Bekanntlich war die Hauptwahl am 15. Oktobere wieder zu der bekannten vernichtenden Ausschöpfung der „Unabhängigen“ geworden, die wir von allen Reichstagswahlen im Krieg kennen. Der Fortschrittler erhielt im ersten Wahlgange 2294, Genosse Heimann 1720 und der „Unabhängige“ R. Müller nur 513 Stimmen, ein antisemitischer Konservativler bekam noch 180 Stimmen. So war wiederum einmal die tatsächliche Bedeutungslosigkeit der „Unabhängigen“ und ihre Gehässigkeit für die Einigkeit der Arbeiterklasse bewiesen. Bei einiger Wahlarbeit und gemeinsamer Kampffront aller Sozialisten wäre der Sieg der Sozialdemokratie geworden. Doch für die „Unabhängigen“ galt auch dieses Votum als ein Beweis, daß der Sieg der verhassten Sozialdemokraten unbedingt zu verhindern, proklamierten sie für die Stichwahl die Wahlenthaltung. Das war praktisch nichts anderes als die Unterstützung des fortschrittlichen Kandidaten, der wegen seiner großkapitalistischen Beziehungen sogar im eigenen Lager stärkste Zurückweisung erfahren hatte. Eine wirklich von Arbeitern geleitete und Arbeiterinteressen wachsende sozialistische Gruppe hätte einen solchen geradezu selbstmörderischen Beschluß niemals gefaßt. Die „Unabhängigen“ wollten aber eine Kraftprobe, wie weit ihnen die Wähler folgten, die noch bei ihnen sind. Und dann dachten sie auch noch durch eine besondere Agitation in Verbindung mit gewissen volkswirtschaftlichen Spielereien, ihre „wirkliche“ „Beherrschung der Berliner Massen“ dadurch beweisen zu können, daß niemand oder möglichst wenige für den „Regierungs“-sozialisten in der Stichwahl stimmten! Diese Arbeit! Als ob eine Partei, die unsere heutige demokratische Volksregierung genau so oder gar noch schlimmer beherrscht wie ein Junkerregiment, nicht schon dadurch allein bewiesen hätte, wie wenig sie mit dem Volke zu tun hat! Mit Rücksicht auf gewisse „unabhängige“ Berliner Veranstaltungen der letzten Tage, die mit einigem Geräusch aufgemacht waren, konnte das Ergebnis der Wahl aber immerhin ganz interessante Aufschlüsse bringen. Und so wurde es denn auch: Genosse Heimann erhielt gestern 2234, der Fortschrittler jedoch 2607 Stimmen, er ist also gewählt. Insofern haben die „Unabhängigen“ also ihren reaktionären Willen erfüllt. Aber auch nur diesen. Von einem Abfall der Wähler Heimanns ist gar nichts zu bemerken gewesen. Er bezog seine Stimmen aus den stärksten Protesten der Wähler gegen die „unabhängigen“ Volkswirtschaftler sogar um nicht weniger als 514 Stimmen. Der Fortschrittler nahm dagegen nur um 313 Stimmen zu. Und diese starke Vermehrung der sozialdemo-

kratischen Stimmen trotz der allergrößten demagogischen Hetze der „Unabhängigen“ über den „Polizeiabschluß“ der sozialdemokratischen „Ergänzungen“ usw. In der Hauptwahl hatte der Fortschrittler gegen den Sozialdemokraten 574 Stimmen Vorsprung, gestern sank dieser, trotz der fortschrittlichen Steigerung um 313 Stimmen, auf 373 Stimmen hinab. Dieses Stimmenverhältnis bedeutet eine noch schlimmere Vernichtung der „unabhängigen“ Querelemente als die Hauptwahl. Offenbar haben die „unabhängigen“ Arbeiterwähler ihren leitenden Adokaten demonstrativ die Gefolgschaft für den großkapitalistischen Justizrat erteilt. Sonst wäre die starke Steigerung Heimanns in diesem Wahlkreise ganz unmöglich gewesen. 513 Stimmen erhielt der „Unabhängige“ am 15. Oktober, während Heimann jetzt genau die gleiche Zahl, nämlich 514 Stimmen gewann! Damit haben die proletarischen Wähler dieses Berliner Wahlkreises am treffendsten über den törichten „Unabhängigen“ Führer geurteilt. Erreicht haben die Leiter der Heerpartei nur die Zuschauung des Mandats an einen großkapitalistischen Interessenten! Deshalb wird gerade der Zufall dieser Wahl für die deutschen Arbeiter von besonderer Bedeutung bleiben. Arbeiter! In ihren Brüch-ten sollt ihr sie erkennen!

Deutsche Wandlungen

Politische Umwälzungen werden in ihrer vollen Tragweite häufig von denen verkannt, die sie erleben. Bei allen Fragen dieser Art kommt es aber nicht auf die äußere Form, sondern auf die Tatsache und den Umfang der Wandlungen an. Unser Volk kann, was es politisch will, niemals durch verwegene Ueberrumpelungen, sondern nur in freiem demokratischem Wettstreit aller in ihm vertretenen Anschauungen erreichen. Das gilt für den Sozialismus genau so wie für den Monarchismus, der durchaus nicht etwa bloß die Frage des Monarchen ist. Was die Demokratisierung Deutschlands bereits bis heute darstellt, dafür sprechen die beiden folgenden Zeugnisse:

Wilhelm II. in Königsberg am 25. August 1910:

Hier sehe ich mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preussische Krone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie von Gottes Gnaden allein ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe. Und mit dieser Krone geschmückt, zog er vor 40 Jahren ins Feld, um zu ihr noch die Kaiserkrone zu erringen.

Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf augenblickliche Absichten und Meinungen, gehe ich meinen Weg.

Erlaß Wilhelms II. vom 30. September 1918:

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Wert damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Karl Marx gegen politische Dutsche

Der Zeitabschnitt der proletarischen Diktaturversuche ist für West- und Mitteldeutschland vorbei: Marx selbst gab dies übrigens zu, als er die französischen Mitglieder der Internationale im September 1870 warnte, Versuche zum Sturz der neuen Regierung zu machen. Als am 4. September 1870 das Kaiserreich stürzte, schrieb Marx im Namen des Generalsrats der Internationale:

„Jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind schon an die Tore von Paris pocht, wäre eine verzeihliche Torheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre Pflicht als Bürger tun. . . . Mögen sie ruhig und entschlossen die Mittel ausnützen, die die republikanische Freiheit ihnen gewährt, um die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen. Das wird ihnen neue, herkulische Kräfte geben für die Wiedergeburt Frankreichs und für unsere gemeinsame Aufgabe — die Befreiung des Proletariats.“

Die Worte sind eindringlich und bedeutungsvoll — auch für uns! Die sozialdemokratische Taktik in einer Demokratie ist eine Regierung durch Diskussion, deren Ergebnis durch Mehrheitsbeschluß besiegelt wird, zum Zwecke des Wirkens durch starke Mehrheiten. Oligarchie ist Regierung durch Zwang, ausgeübt von einer Minderheit gegen eine Mehrheit. Das west- und mitteleuropäische Proletariat hat sich in jahrelangen Diskussionen und Experimenten eine Taktik geschaffen, die vollständig auf der Demokratie, auf dem Willen der großen

Wer Banknoten hamstert

und Darlehensschecke, handelt töricht. Sie sind zinslos, bei Brandfällen und Diebstählen tritt völliger Verlust ein. Wer Kriegsanleihe zeichnet, handelt klug. Sein Geld ist ebenso sicher angelegt wie in Banknoten, und noch nützlicher, denn er erhält halbjährlich tatsächlich seinen Zins.

Zur Stadtverordnetenwahl

Die Danziger Stadtverordnetenwahlen zeitigen recht sonderbare Blüten. Bürgervereine, „Unabhängige“ und katholische Arbeitervereine lassen gemeinsam Sturm gegen die Wahl der vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten, die Genossen Arzgnaski, Gehl und Reel.

Die Bürgervereiner sind um ihre bisherigen Siege besorgt und fürchten den Eintritt ins Sozialdemokraten in das Danziger Rathaus wie der Teufel das Weihwasser. Die Macher der katholischen Arbeitervereiner glauben, es könnten aus den alten Kirchtürmen und Mauern irgend welche Steine herausgedrückt werden, wenn unsere Genossen gewählt würden. Darum machen beide reaktionäre Gruppen gemeinsame Sache gegen die frei organisierte Arbeiterschaft.

Und nun gar die „Unabhängigen“. Diese sind durch ihren unverständlichen Kampf gegen unsere Genossen in eine Gesellschaft von Reaktionsären geraten, in der sie sich doch auf keinen Fall wohl fühlen können. Über sollten wir uns täuschen? „Gehl“ den „unabhängigen“ Führern jetzt, nachdem sie sehen, mit was für einer Gesellschaft sie gegen die „zerstehenden Elemente“, wie der Bürgerverein in seinen Inseraten die Kandidaten des Kartells nennt, gemeinsame Sache machen, noch kein Seifenstück auf; sind sie wirklich durch ihren niedrigen, persönlichen Haß immer noch unabhängig von jedem politischen Verstand; wollen sie wirklich wie bei der Stichwahl in Berlin I, durch ihr schändliches Verhalten eingefleischten Gegner der organisierten Arbeiterschaft zum Siege über diese verhassten?

Das wäre glatter „unabhängiger“ Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse.

Wir erwarten nicht, daß die „unabhängigen“ Führer noch im letzten Augenblick zur Besinnung kommen und ihren Kampf gegen unsere Genossen einstellen werden. Sollte aber wider Erwarten in diesem Kampf die schwarzweisse Koalition durch die Mitwirkung der „unabhängigen“ über unsere Kandidaten triumphieren, dann fällt auf die „unabhängigen“ die volle Verantwortung für das, was in den nächsten Jahren im Danziger Rathaus an der Arbeiterschaft gesündigt wird.

Wir erwarten aber von den Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratie soviel Einsicht, daß sie der unerhätigen Parole ihrer Parteiliste nicht folgen, sondern so handeln, wie ein einsichtiger Teil ihrer Parteigenossen anlässlich der Stichwahl in Berlin I gehandelt hat und die Kandidaten des Kartells wählen.

Hier stehen Arbeiterinteressen auf dem Spiele, die kein aufgeklärter Arbeiter leichtfertig preisgeben darf. Die Parole muß also lauten:

Gegen Bürgervereiner und katholische Arbeitervereiner, für die Kandidatenliste der Mieterpartei einschließlich der Genossen Arzgnaski, Gehl und Reel.

Von unseren Parteigenossen und Lesern sind wir überzeugt, daß sie unsere Genossen, die seit vielen Jahren im Dienste

der organisierten Arbeiter stehen, reiflos ihre Stimme geben werden.

Die Vorbedingungen für den diesmaligen Sieg sind gegeben. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut wird uns der Erfolg sicher sein.

Der Ausschluß des Gewerkschaftskartells erläßt an die Mitglieder der freien Gewerkschaften folgenden

Aufruf zur Stadtverordnetenwahl Gewerkschaftskollegen!

Die Wahlen für die Stadtverordneten-Versammlung stehen bevor. Schon in der nächsten Woche wählt die III. Abteilung.

Der Aufmarsch der Parteien ist bereits erfolgt.

Eine Gruppe von Bürgern, die die letzte Zeit zu würdigen weiß und sich zu einem Ausschluß für Gemeindegemeinschaft im Mieterverein zur Erledigung der diesmaligen Wahlen geäußert hat, ist mit dem Ersuchen an das Kartell der freien Gewerkschaften um Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl mit eigenen Kandidaten herangetreten. Das Gewerkschaftskartell hat seine Beteiligung zugesagt und die Gewerkschaftsvertreter Arzgnaski, Gehl und Reel als seine Kandidaten aufgestellt. In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung haben diese Kandidaten ihre Ansichten über die zu erfüllenden Aufgaben unter allseitiger Zustimmung der Teilnehmer vertreten. Jetzt gilt es, für deren Wahl mit aller Kraft einzutreten.

Ueber die Notwendigkeit der Vertretung unserer Organisationen in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung brauchen wir an dieser Stelle kein Wort zu sagen. Jeder Kollege weiß, daß Arbeiterinteressen heute im Danziger Rathaus nicht mit dem gebührenden Nachdruck vertreten werden.

Das wird durch die Wahl unserer Kandidaten anders werden.

Durch den Zusammenschluß von 21 verschiedenen Organisationen ist die Möglichkeit der Wahl unserer Vertreter und Kandidaten gegeben und damit auch die sachgemäße Behandlung von Arbeiterfragen in der Stadtverordnetenversammlung gewährleistet, die wir jetzt dort so sehr vermissen.

Aber schon rüsten Arbeiterfeinde im Danziger Bürgerverein, um die Wahl unserer Kandidaten zu verhindern.

Der Danziger Bürgerverein veröffentlichte in der letzten Woche in der hiesigen Presse eine Warnnotiz gegen die Wahl unserer Kandidaten.

Obwohl der sozialdemokratische Verein als solcher diesmal aus taktischen Gründen von der Beteiligung an der Wahl Abstand nimmt, fuchtelt, ausgerechnet in der jetzigen Zeit der Demokratisierung und der größten Not Deutschlands, die reaktionäre Klique im Bürgerverein mit dem roten Lappen umher, um das Kompromiß zu gefährden und ängstliche Gemüter zu veranlassen, keine Sozialdemokraten zu wählen.

In ihren Inseraten empfehlen die Bürgervereiner und ihr Anhang den Kampf gegen unsere Kandidaten, „um in dieser schweren, ersten Zeit allen zerfallenden Elementen den Eintritt in die Stadtverordnetenversammlung zu verwehren.“

Mit dem 5. Oktober d. J., so führte der Redner aus, beginnt die Geschichte des deutschen Volksstaates. Vier Jahre Krieg waren leider erst nötig, um die ersten Anfänge der Demokratisierung Deutschlands vorzunehmen. Unbeschadet der militärischen Erfolge hat die Sozialdemokratische Partei seit Kriegsbeginn unablässig für die Herbeiführung eines annehmbareren Friedens gearbeitet. Gegen einen Verständigungsfrieden, wie die Sozialdemokratie ihn forderte, haben sich dieselben Kreise mit aller Macht gewendet, die sich auch jetzt bis in die letzte Zeit hinein gegen unsere Reformen sträubten. Diese rüchardigen Kreise haben uns durch ihre Politik nun an den Abgrund geführt. Das Volk wird von diesen Leuten Rechenschaft fordern. Unbedingt notwendig ist die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung während der Zeit der großen, friedlichen Umwälzung. Bulgarien, die Türkei und Oesterreich-Ungarn sind von uns abgefallen und gehen ihre eigenen Wege. Deutschland ist allein nicht imstande, den Krieg siegreich fortzuführen. Die Friedensbedingungen, die wir in dieser Situation zu erwarten haben, werden zweifellos hart sein. Es wird auf die Haltung der Regierung ankommen, sie einigermaßen erträglich zu gestalten. Diejenigen, die früher den Scheidemannfrieden als Schmachfrieden bezeichneten und ihn ablehnten, würden jetzt froh sein, wenn sie ihn bekämen. Als einzigen Erfolg des vierjährigen Krieges verbleibt uns die Tilgung einer unübersehbaren Schuldenlast.

Die Demokratisierung hat erst begonnen und muß weiter durchgeführt werden. Es ist vor allen Dingen nötig, daß in Preußen der reaktionäre Einfluß beseitigt und Reformen eingeführt werden. Mit der Verabschiedung des Artikels 11 der Reichsverfassung hat auch General Ludendorff seine politische Tätigkeit eingestellt und seinen Abschied genommen. Jetzt ist die Militärbehörde der Zivilbehörde unterstellt. Die Beseitigung der Härten des Belagerungszustandes muß schleunigst erfolgen. Der Krieg darf nicht durch den Bürgerkrieg abgelöst und die organische Entwicklung zur weiteren Demokratisierung nicht durch wilde Prüfe gefährdet werden. Es ist unbedingt nötig, daß das gesamte Volk das Bestreben der Regierung, den Frieden schnell herbeizuführen, unterstützt. Krahn mahnt zum Schluß zur eifrigen Mitarbeit, um die Ziele des Sozialismus zu erreichen. G r a h n a n begründet in längerer Rede einen Antrag, der vom Bezirksvorstand verlangt, daß er Schritte unternehme, damit die Verfügung des hiesigen stellw. Generalkommandos, wonach Jugendliche unter 16 Jahren an militärischen Übungen teilnehmen müssen, aufgehoben wird. Sellin wirt die polnische Frage auf und begründet einen Antrag, der auch für Westpreußen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in dieser Frage fordert. Gehl geht auf die letzten Reichstagsdebatten näher ein. Er wendet sich gegen diejenigen Kreise, die jetzt Volksausschüsse gründen und den Kampf auf Tod und Leben fordern. Daß die Demokratisierung gekommen ist, ist der klugen Taktik und der politischen Haltung der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken.

Der Macher dieser Aufforderung aus der Hundegasse teilt seine Bapensheimer. Er weiß, daß die öffentliche Stimmung manche sich in abhängiger Stellung befindlichen Wähler abhalten könnte, Sozialdemokraten zu wählen.

Mit dieser Tatsache muß leider gerechnet werden, obwohl, wie wir noch einmal hervorheben, die Sozialdemokratie mit dieser Wahl nichts zu tun hat.

Pflicht der Gewerkschaftskollegen ist es, an den Tagen der Wahl, Mann für Mann auf dem Posten zu sein und für die Wahl der vom Ausschluß für Gemeindegemeinschaft aufgestellten Kandidaten einzutreten.

Beider scheint der Bürgerverein unerwartete Hilfe von gewisser Seite gegen die Wahl unserer Kollegen zu bekommen. Von irgend einem Ungenannten aus dem Lager der unabhängigen Sozialdemokratie ist in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ die Parole ausgesprochen worden, auf keinen Fall „Regierungssozialisten“ zu wählen.

Würde dieser unverständliche Rat befolgt, dann bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als die Auslieferung der Mandate an den Bürgerverein zum Schaden der Danziger Arbeiterschaft.

Wir erwarten von unseren Gewerkschaftskollegen, daß sie diese schändliche Zumutung unverantwortlicher Personen, die hier mit Arbeiterinteressen ein triviales Spiel treiben, entschieden zurückweisen und an den Wahltagen geschlossen und einheitlich den Kompromiß-Kandidaten ihrer Stimme geben.

Wir bitten dringend, die amtliche Wahlanforderung des Magistrats sorgfältig abzubewahren und zur Wahl mitzubringen, und an dem für jeden einzelnen Wähler festgesetzten Wahltag die Kandidaten zu wählen, die nachstehend angegeben sind:

- 1. Wahltag, am Montag, den 4. November 1918: 1. Wahlbezirk (Neuhofstadt, Schildig usw.) Landtagsabgeordneter Dr. Herrmann, Gewerkschaftssekretär Franz Arzgnaski, Tischler Mag Klein, alle drei auf 6 Jahre. Für den Bezirk Brösen-Säpfe: der Kandidat wird noch benannt. 2. Wahltag, am Mittwoch den 6. November: 2. Wahlbezirk (Altstadt, Langfuhr, Neuhawwasser usw.) Postsekretär Paul Grunau, auf 6 Jahre; Schlosser Georg Köppen, auf 6 Jahre; Wiegemeister Karl Quetsche, auf 4 Jahre; Justizunterbeamter Herrmann Perkowski, auf 4 Jahre. 3. Wahltag am Freitag den 8. November: 3. Wahlbezirk (Niederstadt, Herbst usw.) Parteisekretär Julius Gehl, auf 6 Jahre; Landesversicherungssekretär Dorfste, auf 6 Jahre; Gewerkschaftssekretär Walter Reel, auf 2 Jahre.

Zeigt, Gewerkschaftskollegen, daß ihr die Zeit richtig zu würdigen versteht und laßt Euch durch nichts abhalten eure Solidarität und freiwillige Disziplin bei der diesmaligen Wahl zu üben, die allein Erfolge verbirgt.

Tretet ein für die Wahl vorstehender Liste; agitiert für sie nach Kräften, dann werden alle Nachenschaften gegen unsere Kandidaten von rechts und links an eurem einheitlichen Willen zum Wohle der Allgemeinheit elendiglich zu scheitern werden.

danken. Arzgnaski will die Demokratisierung weiter fortführen und wendet sich gegen jede Diktatur. Es ist vor allen Dingen die Verstaatlichung der Produktionsmittel zu verlangen. Ein polnisches Königtum würde genau so reaktionär sein wie das jeweilige preussische Regiment. Zu begrüßen sei es, wenn Polen einen Zugang zur See erhält. Dadurch könnte Danzig als Freihafen nur gewinnen.

Die eingebrachten Anträge wurden einstimmig angenommen. Ein Vorschlag, in nächster Zeit einen roten Tag zu veranstalten, wird dem Vorstand überwiesen. Zum Schluß teilt der Vorsitzende noch mit, daß Genosse H ä n i s c h am Sonnabend in der „Ostbahn“ einen Vortrag halten wird.

Abgabe von Lebensmitteln.

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Butter- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Weizenmehl

Auf Abschnitte der Brottarten kann man eine kleine Menge Weizenmehl kaufen. Dieses war bis vor kurzem in allen Mehlgeschäften erhältlich. Nunmehr gibt es Weizenmehl nur noch in der Großen Mühle. Hier kann man jeden Morgen eine große Menschenmenge nach Mehl stehen sehen. Kann das Kriegsernährungsamt ohne diese Menschenansammlungen wirklich nicht auskommen? Bald scheint es so. Man geht mit dem Plan um, der Grippe wegen die Theater, Kinos und Kaffees zu schließen und hier sorgt der heilige Bürokratismus dafür, daß arme, unterernährte, schlecht gekleidete Menschen sich beim ersten Hahnenschrei bei nächstem Wetter vor die Große Mühle stellen, um im Laufe des Vormittags 1/2 Pfund Weizenmehl zu kaufen. Diesem Unfug sollte so schnell als möglich ein Ende bereitet werden.

Selbsteinschneiden von Sauerkraut

Der Magistrat teilt dem Kriegsausschuß mit, daß er größere Mengen von Gemüse für die Bevölkerung zum Selbsteinschneiden besorgt habe. Bisher sind aber nur 550 Zentner Weißkohl und 560 Zentner Mohrrüben bestellt worden. Der Magistrat hat wegen der Unterbringung der ihm zugehenden großen Mengen erhebliche Schwierigkeiten. Es empfiehlt sich daher, sich so bald als möglich in den Besitz von Gemüse zu setzen, insbesondere auch deshalb, weil die Kartoffelernte schlecht ausgefallen und mit einer gewissen Kartoffelknappheit zu rechnen ist. Das Selbsteinschneiden von Sauerkraut ist deshalb dringend zu empfehlen.

Auf das Stiftungsfest des Gesangvereins Sängergesetz am Sonntag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr im Paffee Köchel, sei an dieser Stelle noch einmal aufmerksam gemacht. Das zur Ausführung gelangende reichhaltige Programm ver-

Danziger Nachrichten

Friede und Freiheit!

Ueber dieses wichtige zeitgemäße Thema spricht heute, Sonnabend, den 2. November, abends 8 Uhr, in der Ostbahn in Ohra in einer

gemeinsamen Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Vereine Danzig-Stadt und -Land

Landtagsabs. Conrad Haenisch-Berlin.

Die Mitglieder unserer Vereine werden es sicher mit Freuden begrüßen, Genossen H a e n i s c h in Danzig-Ohra zu hören.

Das von ihm gewählte aktuelle Thema muß allen Mitgliedern ohne Ausnahme den Besuch der Versammlung zur unbedingten Pflicht machen.

Es soll auch gestattet sein, Nichtmitglieder einzuführen. Machte also jeder, der sich über die Entwicklung der politischen Ereignisse richtig informieren will, von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch.

Wählerversammlungen für den zweiten Wahltag.

Der Ausschluß für Gemeindegemeinschaft im Mieterverein kündigt weitere Versammlungen für die Stadtverordnetenwähler des zweiten Wahlbezirks der 3. Abteilung am 6. November an. Diese Versammlungen finden am Sonntag den 3. November in Neuhawwasser, am 4. November in Langfuhr und am 5. November im Kaiserhof statt. Die Kandidaten dieses Bezirks Postsekretär Grunau, Schlosser Köppen, Wiegemeister Quetsche und Justizunterbeamter Perkowski werden in diesen Versammlungen sprechen.

Der Kampf um den Frieden

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt hielt am 28. Oktober im „Kaiserhof“ eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach Besprechung der Abrechnung, die mit einem Kassendebit von 2077,38 Mk. abschließt, hielt Genosse K r a h n einen Vortrag über abengenanntes Thema.

Reinheit begründet ist. Er lautet nicht mehr auf bürgerliche Revolutionen. Es will aus eigener Kraft und im Namen der eigenen Idee auf alle denkenden Menschen wirken. Es will nicht mehr die bürgerliche Revolution niederschreiben, wie man im Alter niederschreibt, um sich seiner Rüstung zu bemächtigen. Es schafft sich seine eigene Organisation, seine eigene Macht. Es hat durch das allgemeine Stimmrecht, wo sich Mehrheit und Minderheit genau zählen, es hat im demokratischen Zustand, wo freie Diskussion die Meinungen klärt, ein geschäftliches Mittel und wirkungsvollen Hebel zur Verwirklichung seiner Ziele. Es hat in den Gewerkschaften und Genossenschaften, wo Mehrheitsbeschlüsse ausschlaggebend sind, eine wachsende wirtschaftliche Macht. „Es ist nicht mehr darauf angewiesen, der abenteurerlichen und gewalttätigen Parodie bürgerlicher Revolutionen zu sein“, so das Programm eines Jean Jaurès!

Uebrigens waren sämtliche erfolgreiche bürgerliche Revolutionen nicht das Werk einer kleinen gewalttätigen Minderheit, sondern das Ergebnis des Wirkens der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. In der englischen Revolution standen die Bürger und Bauern gegen ein Häuflein Absolutisten. In der französischen Revolution stand die Bevölkerung von über 30 Millionen gegen feudal- und kirchlich-monarchische Gruppen von insgesamt 200 000 Menschen. Nur auf diese Weise werden Revolutionen erfolgreich. Auch die sozialistische Umwälzung wird nur Bestand haben, wenn sie im Geiste der Demokratie, im Geiste der Organisationsarbeit der Arbeiterklasse sich auf Parteimehrheiten stützt.

Lebedour gegen ein polnisches Westpreußen

Am Donnerstagabend wendete sich im Reichstage der „unabhängige“ Abgeordnete Lebedour wie folgt gegen die polnischen Ansprüche auf Westpreußen und Danzig:

Den Ausführungen des polnischen Redners kann ich nicht zustimmen. Für seine Ansprüche auf Westpreußen hat sich der Abgeordnete auf den Festartikel eines Gymnasialprofessors aus dem Jahr 1854 berufen (Heiterkeit). Das Wort gegen die Professoren der Kaiserlichen „75 Professoren, Vaterland du bist verloren“ hat noch immer gegolten.

Jener Artikel trägt die Anachronismus gegenüber dem polnischen König an der Stirn.

Danzig, das der polnische Redner für Polen beansprucht, hat weniger polnische Bevölkerung als Berlin. Auch die ganze Weichselniederung ist deutsch. (Widerpruch bei den Polen.) Sie kennen ja nicht einmal die Ethnographie der Gebiete, die Sie für sich beanspruchen. (Heiterkeit.) Sie sehen sich in das schwarze Unrecht, wenn Sie den Versuch machen, den kommenden polnischen Staat Gebiete anzufügen, in denen sich eine anderssprachige Majorität befindet.

Ich bin immer gegen jede Ueberdrückung der Polen eingetreten, aber, ich werde auch zu jeder Zeit gegen die Unterdrückung von Deutschen auftreten. (Bravo.) Trotzdem ich internationaler Sozialist bin, höre ich nicht auf, ein Deutscher zu sein.

(Beifolgendes Bravo bei der Mehrheit.) Die Sprachgemeinschaft ist für das Volk entscheidend, nicht die Staatszugehörigkeit.

Der Sechsenverband anerkennt die Bergarbeiterorganisationen

Diese hochbedeutende Tatsache wird durch die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ weiteren Kreisen bekannt. Was von den Interessentengruppen der Bergarbeiter seit 25 Jahren vergeblich angestrebt wurde, jetzt ist es erreicht. Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Interessengruppen haben bereits stattgefunden, haben einen bescheidenden Verlauf genommen und weitere Verhandlungen werden folgen. Ueber das Zustandekommen und den Verlauf der Sitzung bringt die „Bergarbeiter-Zeitung“ einen ausführlichen Bericht, dem wir das folgende entnehmen:

Der preussische Handelsminister hatte den Bergarbeitern versichert, daß eine Lohnzulage von 1,25 Mark für den Bedingearbeiter, 1 Mark für Schichtkötter (immer pro Schicht) eintraten werde. Diese Erklärung des Ministers hatte wegen ihrer Fassung Anlaß zu unabsehbaren Streitigkeiten bei den Schiedsgerichten, innerhalb der Arbeiterausschüsse und Belegungsvereinigungen gegeben. Dazu kamen weitere Beschwerden der Bergarbeiter über sonstige Mißstände im Arbeitsverhältnis. Die hiedurch unter den Bergarbeitern erzeugte Mißstimmung lösten den Vorständen der vier Bergarbeiterverbände doppelt gefährlich in einer Zeit, wo die Förderung der Kohle im Interesse der Allgemeinheit keine Spätung erfahren darf. In

einer gemeinsamen Eingabe an den Sechsenverband ersuchten deshalb die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen (Freie Gewerkschaft, Christlicher Verband, Polnische Gewerkschaft und Hirsch-Dünderliche) um Verhandlungen über die oben angeführten Streitpunkte. Der Sechsenverband stimmte zu.

Die Verhandlungen haben am 18. Oktober stattgefunden; sie erzielten sich fast auf alle Punkte des Arbeitsverhältnisses. In der dringlichsten Angelegenheit, der Lohnfrage, kam es zu folgender Vereinbarung:

Der Geschäftsführende Ausschuss des Sechsenverbandes erklärt, mit Nachdruck dafür eintreten zu wollen, daß die gelegentlich der letzten Kohlenpreiserhöhung zugesagte Erhöhung der Durchschnittslöhne statt im Dezemberjahr, schon im Oktoberjahr voll eintritt!

So sehr dieser Beschluß im Interesse der schwerarbeitenden Bergarbeiter, gerade jetzt in der Zeit der ungeheuren Leersung, zu begrüßen ist, wichtiger noch ist die grundsätzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch die Werksverreter, die durch ihr ausgesprochen und durch die Verhandlungen mit den Organisationsvertretern bestätigt wurde. Der Absolutismus ist in Deutschland eben politisch wie auch wirtschaftlich überwunden.

Ein Aufruf der Fortschrittler

In der „Liberalen Korrespondenz“, dem parteiunabhängigen Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, wird folgender Aufruf an die „Vortelfreunde“ veröffentlicht: „Seltens der Konservativen, Unheimlichen und anderer Gruppen ist in den letzten Tagen auch an unsere Parteifreunde im Lande an vielen Orten das Ersuchen gerichtet worden, mit ihnen gemeinsam zur nationalen Verteidigung aufzurufen. Wir bitten unsere Freunde, diesem Ersuchen zurzeit nicht zu entsprechen. Wenn ein Aufruf der nationalen Verteidigung sich als notwendig erweisen sollte, muß dieser Schritt unter Führung der Reichsregierung im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien unternommen werden. Die Sache ist viel zu ernst, um sie zu einseitigen Parteizwecken zu misshandeln und dadurch eine Zerspaltung der Kräfte herbeizuführen.“

Neuordnung in Mecklenburg

Auch die mecklenburgische Verfassung — bisher die rückständigste der ganzen Welt — soll dem Zuge der Zeit entsprechend modernisiert werden, natürlich auf mecklenburgische Weise. Man will zwar eine zweite Kammer auf Grund des gleichen Wahlrechts — mit oder ohne Sicherungen, das steht noch nicht fest — bilden, aber die jetzige famose Ständevertretung wird deswegen nicht verschwinden, sondern sie soll als erste Kammer hübsch kontrollierend und mächtig über das demokratische Parlament. Solange die Reaktion in Mecklenburg herrschte, war auch sie mit dem Einkammersystem sehr zufrieden, für die Demokratie muß schließlich das Zweikammersystem eingeführt werden.

Württemberg im politischen Fortschritt

Der „Württembergische Staatsanzeiger“ schreibt: Daß die im Reich eingetretenen innerpolitischen Bewegungen eine Rückwirkung auf die Einzelstaaten nicht verhehen werden, dessen war man sich in Württemberg von Anfang an bewußt. Wie wir wissen, hat die Regierung die Fragen sofort in Erwägung gezogen und tritt darüber zurzeit mit den Vertretern der Parteien in Führung.

Ausdehnung der Amnestie

Durch kaiserlichen Erlass sind den Personen, die vom Reichsgericht wegen politischer, mit den innerpolitischen Kriegsverhältnissen zusammenhängender Verbrechen, insbesondere wegen Herbeiführung oder Begünstigung von Streiks bestraft worden sind, die gegen sie erkannten Freiheits- und Ehrenstrafen in vollem Umfang erlassen worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich nicht enthalten, hierzu zu schreiben:

„Es wird voraussichtlich noch dahin kommen, daß es zum guten Ton und zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche politische Karriere gehört, wegen versuchten oder vollendeten Landesverrats vorbestraft zu sein.“

Das ist etwas übertrieben. Aber jedenfalls wird es künftig Voraussetzung einer geachteten öffentlichen Stellung in Deutschland sein, mit den Alldeutschen der „Deutschen Tageszeitung“ während des ganzen Krieges in keinerlei Verbindung gestanden zu haben.

Ungarn

Straßentämpfe in Budapest

Durch Ungarn schreitet die Revolution. Der Habsburger Karl möchte seine ungarische Königskrone retten, nachdem er seine österreichische Kaiserkrone verloren hat. Er hat einen Wetteiler, den Erzherzog Joseph, der bisher in Ungarn Sympathien besaß, nach Budapest geschickt, um der Familie die Verjüngung zu retten. Joseph hat mit den

Oppositionellen verhandelt, auch mit Vertretern der Sozialdemokratie. Aber wollte nicht so weit gehen, wie von diesen gefordert wurde. Der ungarische Nationalrat hatte zuvor in seiner Sitzung beschlossen, seine Proklamation unbedingt zur Geltung zu bringen. Er hatte proklamiert, daß die von Joseph eingeleiteten Versuche, das gestürzte System neu zu betreiben, unbedingt scheitern müßten.

Im Laufe des Montag fanden große Demonstrationen in Budapest statt. Abends um 9 Uhr versammelten sich auf dem Ruf der Partei Karolys Tausende, die beschloßen, nach Ofen auf das andere Ufer der Donau zu ziehen, um von Joseph zu verlangen, den Grafen Karolys zum Ministerpräsidenten zu ernennen.

Da das — nicht ungarische — Militärwiderstand leistete, begann der Kampf. Zwei Militärtroden wurden von der Menge durchbrochen. Beim dritten Kordon, bei der Kettenbrücke, die nach Ofen führt, fand ein heftiger Zusammenstoß statt. Mit Gewehrfirei, Maschinengewehren und Bajonetten wurde die Menge zurückgedrängt. Es gab eine große Anzahl Tote und Verwundete.

Die republikanische Bewegung gewinnt immer mehr die Oberhand. Es ist ein allgemeiner Arbeiteraufstand zu erwarten.

Für Karl von Habsburg ist bald auch in Ungarn kein Aufenthalt mehr.

Rußland

Die Bolschewiki über Wilsons Note

Moskau. In der Iswestija schreibt Nadel: Wilson verlangt die Rückgabe Esth-Lathringens ohne Befragung der Bevölkerung. Er bezieht die Philippinen als den Weg nach China, wo er mit dem japanischen Kapital um die Herrschaft ringt. Er protestiert mit keinem Wort gegen den russischen Zorismus und die Unterjochung der Ir-Länder. Er fordert von dem englischen Kapital nicht die Rückgabe der kolossalen englischen Gebiete. Das amerikanische Kapital kämpft gegen die Käsegewalt, um in Gemeinschaft mit den Engländern im Besitz von Baku in Bezug auf Naphta, im Besitz von Turkestan in Bezug auf Baumwolle und sibirische Erze, auf dem Rohstoffmarkt zu herrschen. Sollte in Europa die sozialistische Revolution siegen, so wird das amerikanische Kapital sie mit noch größerer Schonungslosigkeit als es gegenüber dem deutschen Kapital jetzt, zu blockieren versuchen. Bei einer solchen Situation als das einzige Ziel Wilsons den Sieg der Demokratie zu bezeichnen, heißt die europäischen Arbeiter an den amerikanischen Moloch verkaufen. Was die von Wilson betriebene Desarmierung betrifft, so kann nur ein Dummkopf glauben, daß England und Amerika ihre Flotten vernichten werden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Kantelberg i. Pr.

Spielplan des Danziger Stadttheaters

- Montag, 4. November, abends 7 Uhr: Zum 1. Mal: „300 Frauen“, Lustspiel von Hans und Johanna von Wenzel.
- Dienstag, 5. November, abends 7 Uhr: „Die Zauberküste“.
- Mittwoch, 6. November, abends 7 Uhr: „Paul Lange und Lora Parsberg“.
- Donnerstag, 7. November, abends 7 Uhr: „Der fliegende Holländer“.
- Freitag, 8. November, abends 7 Uhr: „Die Zauberküste“.
- Sonntag, 9. November, abends 7 Uhr: „Das Glück im Winkel“.
- Sonntag, 10. November, abends 7 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“.

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl

Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Abgabe von Lebensmitteln.

- Es werden verabfolgt:
1. Von Montag, den 4. bis Sonnabend, den 9. Novbr.: a) Auf die Marke 20 der Kartoffelkarte Nr. 30 4 Pfund und auf die Marke 21 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
Auf die Marke P der roten Ersatz-Kartoffelkarte für Vorratsbezieher 4 Pf. und auf die Marke Q derselben Karte 3 Pf. Kartoffeln.
b) Auf die Marke Nr. 3 der Speisekarte 62,5 Gramm Futter.
2. Von Dienstag, den 5. bis Sonnabend, den 9. Novbr.: a) Auf die Marken 11 und 11 K der Danziger Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder in der inneren Stadt und auf die Marken 33 und 40 K der alten Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden Bärgetzowen, Groß- und Klein-Walldorf, Groß- und Klein-Neuendorf je 250 Gramm Kaffee-Ersatz.
b) Auf die Marke 18 der Danziger Lebensmittelliste für Erwachsene, sowie auf die Marke 34 der Lebensmittelliste für Erwachsene in den Nachbargemeinden je 250 Gramm loses Suppenmehl zum Preise von 1 Mk. für das Pfund.
c) Auf die Marke 18 K der Danziger Lebensmittelliste für Kinder, sowie auf die Marke 1 K der neueren Lebensmittelliste für Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Morgeutraut zum Preise von 45 Pf. für 1/2 Pf. und 23 Pf. für 1/4 Pf.
d) Auf die Marke 19 K der Danziger Lebensmittelliste für Kinder, sowie auf die Marke 2 K der Lebensmittelliste für Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Grieß.
- Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mülenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.
Die von den Händlern verrechneten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.
D a n z i g, den 31. Oktober 1918. 410

Der Magistrat.

Frauen zum Kartoffelschälen gesucht.
Danziger Speisehaller, Schlachthof.

Spielwaren-Ausstellung

Eröffnung unserer Ausstellung am 1. November.

In diesem Jahre haben wir zur bequemen und schnellen Abwicklung des Verkehrs unseren gesamten II. Stock für die Abteilungen

Spielwaren, Puppen, Galanterie-, Geschenkartikel, Bilderbücher

eingerichtet.

Ferner bringen wir eine besondere Ausstellung

Gerahmte und ungerahmte Bilder, Kunstblätter, Photographie- u. Postkarten-Rahmen im III. Stock

Die Abteilung Handarbeiten ist vergrößert und nach dem ersten Stockwerk verlegt.
Die Abteilungen Briefpapiere, Albums, Lederwaren und Bücher sind ebenfalls bedeutend vergrößert.

Unsere Sortimente sind wie gewohnt große, bei bewährten Qualitäten, unsere Preise die bekannt niedrigen.

**In den Schaufenstern: 2 Darstellungen aus Tausend und einer Nacht:
Ali Baba belauscht vom Baume die 40 Räuber und entdeckt die Goldhöhle. | Sindbad, der Seefahrer. | Schiffbruch und Gefangennahme durch die Wilden.**

Gebüder
Freymann
G. m. b. H.

Moderne Pelzwaren

wollen Sie gefälligst vor Anschaffung in unserem Hause zwanglos besichtigen. Unsere Auswahl darin ist ausserordentlich gross, unsere Preise sind infolge frühzeitiger Dispositionen solid.

Kanin:

Kragen, schw., Tierform mit Kopf u. Schweif		32⁰⁰
Muff, schw., Tierform		56⁰⁰
Pelerine, schw., mit Kopf		55⁰⁰
Muff, schw., Taschenform		58⁰⁰
Skunkskanin, Kragen in Tierform	78.00	56⁰⁰
Skunkskanin, Muff-Tasche mit Kopf	69.00	48⁰⁰
Patagonisch Kanin, Kragen in Tierform		52⁵⁰
Patagonisch Kanin, Taschenmuff		75⁰⁰
Mantelkragen, in Skunkskanin 82.50	65.00	38⁰⁰
Mantelkragen, patagonisch Kanin 115.00	95.00	75⁰⁰
Mantelkragen, Naturkanin	88.00	48⁰⁰

Fuchs alaska gef.

Kragen in neuesten Tierformen, volle Ware:

nr. 195	250	320	355	395
Muffen 175	288	385		400
Wolf, alaska gef., Kragen in Tierform und Muff Garnitur				420

Edelfüchse jeder Art.

Aparte Garnituren in echt Nerz, Zobel, Marder, Sealbism etc.

Walter & Fleck

Grösstes Kauf- und Modehaus am Platze.

Befähigung.

Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Danzig.

Am 24. Oktober eröffnet wir in Danzig eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke.

Beratende Ärzte: für Männer: Kreisarzt Dr. Kampmann, für Frauen: Frau Dr. med. Gertrud Rindner.

Beratungsstelle: Neupferstr. 22, Erdgeschoss links.

Beratungszeiten: für Männer vom 24. Oktober ab jeden Donnerstag von 6 Uhr abends an

für Frauen von Mittwoch den 6. November ab jeden Mittwoch von 7 Uhr an.

Der Segel der Beratungsstelle umfasst die Kreise Danzig-Stadt, Danzig-Östl., Danzig-Westend, Dirschau, Barmen, Karlshaus, Neustadt und Segel.

Die Beratungsstelle ist unentgeltlich zugänglich allen gegen ärztlich festgestellte und bei diesen Kreise nachweisbaren Geschlechtskranke mit Ausschluss der Mitglieder der Berufsvereine für Geschlechtskranke, dem Vorsitzenden der Landesberufungsstelle für Danzig-Stadt und allen auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten tätigen Ärzten.

Wesentliche Behandlung erfolgt kostenlos durch einen von Kranken zu wählenden Rat der jeweils mindestens 10 Kranken besteht.

Wesentliche Behandlungen werden erteilt.

Die ganze Sorge um die Krankenüberwachung ergeht. Geschlechtskranke sollen sich in ihrer Behandlung helfen, in Formung der und Führen der Behandlung zur weiteren Überwachung mit dem Krankenrat werden von der Berufsvereine nicht hindern zu verhindern.

Rechtlich, dem Rat der Geschlechtskranke, der sich gegen den Rat der Berufsvereine richtet, wird dem Rat der Geschlechtskranke zu befehlen und im Falle der Entscheidung auf der in diesen Rat zu befehlen zu befehlen.

Danzig, den 28. Oktober 1918.

Der Vorstand

der Landesberufungsanstalt Danzig.

Pelzwaren!

Die grosse Mode



- Pelz-Garnituren
- „ Kolliers
- „ Muffen
- „ Kragen

Modernes, vornehmes Pelzwerk Anerkant vorteilhafte Preislagen

Pelz-Mäntel

Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen in den geachteten Formen und Preislagen

Spitzer's

Damen-Moden

Danzig, Gerbergasse Nr. 11-12

Besuchen Sie die Schaufenster

Gesangverein Sängergross, Danzig.

Am Sonntag, den 3. November 1918

feiert der

Gesangverein Sängergross (Mitgl. d. Arb.-Sängerbd.)

sein

26jähr. Stiftungsfest

im Kaffee Nötzel, Petershagen.

Das Programm besteht aus Konzert, Männerchören, gemischten Chören und Theater.

Beginn der Feler pünktlich 4 Uhr nachmittags.

Eintrittskarten 1 Mk., Mitglieder 25 Pfg.

Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

Vorverkauf der Eintrittskarten in der Buchhandlung Volkswacht, im Zigarren-geschäft C. Sellin, Schüsseldamm, Wudtke, Niedere Seigen.

391

Der Vorstand.

Liebesgaben

für die Truppen im Felde und für Lazarette

Tabakspfeifen, Zigarrentaschen, Zigarrenspitzen, Taschenmesser, Portemonnaies, Hosenträger, Einlegesohlen, Ohrenschützer, Kleider- und Schuhbürsten, Rasiermesser, Rasier-Pinsel und -Garnituren, L. d. ersenkel, Feldpost-Papiere, Notizbücher, Kopier- und Bleistifte, Spielkarten, Unterhaltungsspiele, Mundharmonikas

Nur Lagerverkäufe!

Kein Musterversand!

Julius Goldstein

Engros-Haus

Nr. 2, 3, 4 Junkergasse Nr. 2, 3, 4

Telephon 551

Postschektkonto: Danzig 1768

100 Künstlerkarten

f. Serien: Kopf, Liebes, Landschaft, 5.25, 100ff. Gravüre 6.50, 100Künstler. Ia. 6.25, 80 gute Briefbogen u. Couverts 4 Mk. Boreinbindung, od. Nachn. Preisl. gratis Iris-Verlag, Recklinghausen 71. Postfach 39. 406 [z

200 ff. Ansichtspostkarten 4,50 Mk.

Preisl. gratis. 405 Iris-Verlag, Recklinghausen 71.

In freien Stunden

seit 15 Hr. zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Parabiesgasse 32.

Kriegsgeld!

Der Mangel an Papiergeld hat die Stadt auf Wunsch der Reichsbank zur Ausgabe von 20,- Mark- und 5,- Mark-Scheine veranlaßt. Aus demselben Grunde sind die am 2. Januar 1918 fällig werdenden Zinsheine der sprachenlosen Kriegsanleihen als gefehltes Zahlungsmittel erklärt worden. Es ist Pflicht eines jeden, die Annahme dieser Zahlungsmittel nicht zu verweigern. Die Reichsbank ist bemüht, sobald als möglich Reichsbankgeld in ausreichendem Maße herzustellen. So lange, bis das geschehen ist, muß das Kriegsgeld die Stelle von Reichsbankgeld vertreten.

Danzig, den 30. Oktober 1918.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Behnke. Dr. Fehrmann.

Wählerversammlung!

Die Stadtverordnetenwähler des 2. Wahlbezirks — Altkuhle, Langfuhr, Neufahrwasser usw. — die durch den Magistrat zur Wahl am Mittwoch, den 6. November, aufgefordert worden sind, werden zu folgenden Wählerversammlungen eingeladen:

Am Sonntag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr im Neufahrwasser, Seffers Hotel, Weichselstr. 13.

Am Montag, den 4. November, abends 8 Uhr, Langfuhr, in L o t h s Saal, Heiligenbrunnenerweg 26.

Am Dienstag, den 5. November, abends 8 Uhr, in Restaurant Kaiserhof, Heiligegeistgasse.

Die am 6. November zu wählenden Stadtverordneten, Parteisekretär **Grunau**, Schlosser **Köppen**, Wiegemeister **Quetschke** und Justizunterbeamter **Borkowski** werden in diesen Versammlungen sprechen.

Die Wähler dieses Bezirks werden zu zahlreichem Besuche eingeladen.

Ausschuss für Gemeindegemeinschaft im Mieterverein.

Wählerversammlung.

Die Stadtverordnetenwähler des 3. Wahlbezirks — Niederstadt, Heubude, St. Albrecht usw. — die durch den Magistrat zur Wahl am Freitag, den 8. November, aufgefordert worden sind, werden zu folgenden Wählerversammlungen eingeladen:

Am Dienstag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Kurhotel von Kramer in Heubude.

Am Mittwoch, den 6. November, abends 8 Uhr, in Saale von Wachowski in Stadtgebiet.

Am Donnerstag, den 7. November, abends 8 Uhr, im Restaurant Alamihi, Große Schwalbengasse 18.

Die am 8. November zu wählenden Stadtverordneten, Parteisekretär **Gehr**, Landesversicherungssekretär **Borschke** und Gemeindegemeinschaftssekretär **Reek** werden in diesen Versammlungen sprechen.

Die Wähler dieses Bezirks werden zu zahlreichem Besuche eingeladen.

Ausschuss für Gemeindegemeinschaft im Mieterverein.

Der Neue-Welt-Kalender für 1919, Preis 60 Pfg. Zu beziehen Buchhandlung Volkswacht